



Geschäftsbericht 2014

Inhaltsverzeichnis



Ein aktiver Partner für soziale Sicherheit

Wir beraten kompetent
und erbringen umfassende
Leistungen.

Teamgeist, Leistungsstärke
und ständige Qualifizierung
sind unsere Basis für ein
erfolgreiches Service-Unter-
nehmen.

Mit unserer Betreuung
schaffen wir soziale und
finanzielle Sicherheit.

Vorwort	3
Aufgaben, Unternehmen und Versicherte	4
Prävention: Gesundheit fördern – Risiken vermeiden	6
Rehabilitation und Leistungen	8
Widersprüche, Klagen und Kataster	10
Regress	11
Selbstverwaltung	12
Verwaltung	13
Finanzen	14



Aus Gründen der Vereinfachung und der besseren Lesbarkeit wird weitestgehend die männliche Form verwendet. Wir möchten an dieser Stelle darauf hinweisen, dass dies explizit als geschlechtsunabhängig verstanden werden soll.

Impressum:

© Unfallkasse Berlin 2015
www.unfallkasse-berlin.de

Verantwortlich: Wolfgang Atzler

Redaktion: Kirsten Wasmuth

Umsetzung: Gathmann Michaelis und
Freunde, Essen

Bildnachweis (Seitenzahl in Klammern) v. l. n. r.: ©shutterstock.com/FamVeld (Titel), ©photocase.de/mallomoi (2), UKB/Petra Lang (3)/Jan Röhl (3), ©shutterstock.com/wavebreakmedia (4), ©istockphoto.com/FredFroese (4), ©shutterstock.com/MitarArt (4)/racorn (8)/sergign (10)/Dragon Images (11)

Vorwort



Claudia Pfeiffer
(Vorstandsvorsitzende)



Werner Schaberg
(alternierender Vorstandsvorsitzender)

Liebe Leserinnen und Leser,

seit Jahrzehnten sind die Unfallzahlen in der gesetzlichen Unfallversicherung rückläufig. Ist die gesetzliche Unfallversicherung vor diesem Hintergrund noch zeitgemäß? Organisatorisch haben sich Berufsgenossenschaften und Unfallkassen dieser Frage gerade in den letzten Jahren aktiv gestellt – und sich mit Anpassungen und Reformen für die Zukunft gerüstet. Denn die Herausforderungen der gesetzlichen Unfallversicherung sind aktueller denn je: Es gilt, Arbeitsunfälle, Berufskrankheiten und arbeitsbedingte Gesundheitsgefahren präventiv zu verhindern sowie Arbeitnehmer und Arbeitgeber bei Arbeitsunfällen oder Berufskrankheiten abzusichern.

Dies zeigt gerade auch das Geschäftsjahr 2014, über das wir Sie mit diesem Geschäftsbericht informieren wollen. Denn anders als in den Vorjahren sind die Unfallzahlen bei der Unfallkasse Berlin in-

zwischen angestiegen, sogar recht deutlich. Gründe hierfür sind unter anderem der sich erfolgreich entwickelnde Arbeitsmarkt und die stark erhöhte Schülerzahl in Berlin.

Zudem hat der Unfallversicherungsschutz von Personen, die sich in besonderer Weise für die Gemeinschaft engagieren, weiter an Bedeutung gewonnen – etwa durch den erweiterten Unfallversicherungsschutz für versicherte Organspender oder durch die verbesserten Rahmenbedingungen für pflegende Angehörige, die einen Anstieg der Zahl der versicherten Pflegepersonen erwarten lassen. Schließlich wurde auch die Berufskrankheiten-Verordnung (BKV) um vier Erkrankungen ergänzt, die künftig zusätzlich als Berufskrankheiten anerkannt werden. Dies zeigt, dass die gesetzliche Unfallversicherung ein leistungsstarker und eben zeitgemäßer Partner auch für neue gesell-

schaftliche Entwicklungen ist. In diesem Bewusstsein wird sich die Unfallkasse Berlin auch in Zukunft den damit verbundenen Aufgaben stellen.

Wir danken den Mitgliedsunternehmen und allen Selbstverwaltungsgremien der Unfallkasse Berlin auch im Namen unserer Vorstandskolleginnen und -kollegen für die vertrauensvolle Zusammenarbeit, die wir gern fortsetzen möchten.

Unser Dank gilt auch den Mitarbeiterinnen und Mitarbeitern der Unfallkasse Berlin für ihre engagierte Arbeit. Sie haben einmal mehr den entscheidenden Beitrag zu einem erfolgreichen Geschäftsjahr geleistet.

Wir wünschen Ihnen, liebe Leserinnen und Leser, eine anregende Lektüre.

Ihre Vorstandsvorsitzenden
Berlin, im Juni 2015

Aufgaben, Unternehmen und Versicherte



Die Unfallkasse Berlin ist Trägerin der gesetzlichen Unfallversicherung für das Land Berlin.

- Sie hat die gesetzliche Aufgabe, Unfällen am Arbeitsplatz, in der Schule und auf den damit verbundenen Wegen vorzubeugen und sie mit allen geeigneten Mitteln zu verhüten. Ebenso soll sie Berufskrankheiten und arbeitsbedingten Gesundheitsgefahren vorbeugen und diese verhindern.
- Sofern ein Arbeitsunfall oder eine Berufskrankheit eingetreten ist, gewährleistet die Unfallkasse Berlin mit allen geeigneten Mitteln die medizinische, berufliche und soziale Rehabilitation.

- Außerdem sichert sie entsprechend ihrem gesetzlichen Auftrag die Verletzten und die unter einer Berufskrankheit Leidenden oder deren Angehörige finanziell ab und entschädigt sie gegebenenfalls.

Die gesetzliche Unfallversicherung ist eine für die Versicherten beitragsfreie Sozialversicherung. Sie wird von den Unternehmen und vom Land Berlin finanziert.

Zahl der Versicherten

In der Schüler-Unfallversicherung setzte sich die Zunahme im Versichertenbestand weiter fort. Der Anstieg betrug im Vergleich zum Vorjahr mit insgesamt 16.419 Versicherten rund 2,3 Prozent und bestätigte den seit 2009 anhaltenden Trend.

Wie im Vorjahr stieg die Anzahl der Studierenden durch die Einrichtung zusätzlicher Studienplätze aufgrund des großen Andrangs auf die Berliner Hochschulen um 6.522 (rund 4,0 Prozent) an. Zudem nahm die Schülerzahl an den allgemein bildenden Schulen im Berichtsjahr um 6.207 bzw. 1,9 Prozent zu. Demgegenüber war bei den Berufsschülern ein leichter Rückgang der Versichertenzahl von 1,4 Prozent bzw. absolut um 1.293 Personen zu verzeichnen.

Wegen der steigenden Geburtenzahlen, der Abschaffung der Früheinschulung und dem Zuzugs von Familien konnte bei den Kindern in anerkannten Tageseinrichtungen in 2014 eine erneute Steigerung der Versichertenzahl um rund 3,6 Prozent



bzw. 4.850 Kinder verzeichnet werden. Diese Entwicklung zeigte sich im geringeren Umfang auch bei den Kindern, die von Tagesmüttern betreut wurden. Hier stieg die Versichertenzahl gegenüber dem Vorjahr um 133 Kinder (rund 2,3 Prozent) auf absolut 6.000 Kinder. Im Berichtsjahr lag die Betreuungsquote in Berlin mit 70,5 Prozent (Vorjahr 68,8 Prozent) bei Kindern von ein bis drei Jahren und mit 94,1 Prozent (Vorjahr 93,7 Prozent) bei Kindern von drei bis sechs Jahren erneut über dem Bundesdurchschnitt. Um die hohe Betreuungsquote zu gewährleisten, wird

nach dem aktuellen Kita-Bedarfsatlas bis Mitte 2019 ein Mehrbedarf von 18.500 Kitaplätzen prognostiziert.

Im Jahr 2014 waren in der Allgemeinen Unfallversicherung bei der Unfallkasse Berlin 175 (Vorjahr 155) Dienststellen und Unternehmen in selbstständiger Rechtsform versichert. Der Anstieg um 20 Mitgliedsunternehmen resultiert aus der zum 01.01.2014 geltenden Moratoriumslösung zur Zuständigkeit der mittelbaren Beteiligungen i. S. v. §§ 128 Abs. 1 Nr. 1a, 129 Abs. 1 Nr. 1a SGB VII. Die Zahl der abhän-

gig Beschäftigten stieg demzufolge absolut um 3.231 auf 169.116 Personen bzw. um rund 1,9 Prozent.

Insgesamt verringerte sich die Versichertenzahl in der Allgemeinen Unfallversicherung um 12.131 Personen (rund 2,5 Prozent). Hauptursache hierfür war im Wesentlichen der Rückgang von ehrenamtlich Tätigen (insbesondere Wahlhelfer) um 19.643 Personen bzw. 23,1 Prozent.

Versicherte der Unfallkasse Berlin

Anzahl der Versicherten in der Schüler-Unfallversicherung		
Versichertengruppe	Anzahl 2013	Anzahl 2014
Kinder in anerkannten Tageseinrichtungen	133.481	138.331
Kinder, die von Tagesmüttern betreut werden	5.867	6.000
Schüler in staatlichen und privaten allgemein bildenden Schulen	324.025	330.232
Schüler in berufsbildenden Schulen	92.243	90.950
Studierende an staatlichen und privaten Hochschulen	164.509	171.031
Insgesamt	720.125	736.544

Anzahl der Versicherten in der Allgemeinen Unfallversicherung		
Versichertengruppe	Anzahl 2013	Anzahl 2014
Beschäftigte und Auszubildende im Landesbereich sowie der Bezirksämter mit ihren jeweiligen Verwaltungen, Anstalten, nachgeordneten Einrichtungen und Betrieben	65.021	66.606
Beschäftigte in Unternehmen des Landes, die in selbstständiger Rechtsform betrieben werden	100.864	102.510
Beschäftigte in privaten Haushaltungen	10.064	10.858
Beschäftigte in Arbeitsgelegenheiten nach § 16 Abs. 3 SGB II, sog. Zusatz- oder Ein-Euro-Jobs	20.506	17.696
Unternehmer nicht gewerbsmäßiger „kurzer“ Bauarbeiten	1.000	1.000
Personen, die in Einrichtungen zur Hilfe bei Unglücksfällen tätig sind	7.934	8.526
Blutspender in Einrichtungen, die bei der UKB versichert sind	26.343	24.201
Ehrenamtlich Tätige (z. B. Schöffen, Elternvertreter, Wahlhelfer, bürgerschaftlich Engagierte)	85.002	65.359
Häusliche Pflegepersonen	161.772	169.962
Personen, die während des Freiheitsentzuges beschäftigt sind	2.713	2.306
Sonstige regelmäßig in nicht unerheblichem Umfang Tätige	3.318	3.382
Insgesamt	484.537	472.406

Prävention: Gesundheit fördern – Risiken vermeiden

Das Jahr 2014 stand ganz im Zeichen der Arbeitsprogramme der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) „Organisation, Muskel-Skeletterkrankungen und Psyche“ sowie der Kampagne „Denk an mich. Dein Rücken“.



Das GDA-Arbeitsprogramm „Organisation des Arbeitsschutzes“ startete Ende des Jahres. Zur Vorbereitung wurden die Aufsichtspersonen zu diesem Thema umfangreich geschult. Eine weitere erste Schulung zu dem Arbeitsprogramm „Psychische Belastungen“ auf der Basis der Handlungshilfe der UKB erfolgte ebenfalls im gleichen Jahr.

Bereits 2013 startete die drei Jahre lang laufende gemeinsame Präventionskampagne der Berufsgenossenschaften und Unfallkassen „Denk an mich. Dein Rücken“. Sie widmet sich dem Ziel, Rückenbelastungen bei der Arbeit, in der Schule und in der Freizeit zu verringern. Hierzu wurde die Thematik in zahlreichen Beratungen, Seminaren und Gesundheitstagen in den versicherten Unternehmen vermittelt.

Ein gern angenommenes Serviceangebot für Führungskräfte ist nach wie vor der digitale Newsletter. Dieser kann im Internet (www.unfallkasse-berlin.de) bestellt werden.

Seminare

Die zielgruppengerechte Fortbildung der Versicherten im Arbeits- und Gesund-

Heben & Tragen

Wie weit muss ich die Last transportieren?

Kann ich die Masse teilen?

Kann ich mir Hilfe holen?

Wie schwer ist der Gegenstand überhaupt?

Gibt es technische Hilfsmittel (z. B. eine Sackkarre, Schubkarre)?

Hat der Gegenstand evtl. Rollen?

Welche Technik wende ich an?

Quizfrage:
Was überlegen Sie sich, bevor Sie eine Last bewegen?

heitsschutz ist und bleibt ein wichtiger Baustein in der Präventionsarbeit. Dazu wurden insgesamt zwölf neue Seminare angeboten, die alle auf gute Resonanz stießen. Besonders hervorzuheben aus dem Gesamtangebot sind dabei die Seminare zur Beurteilung verschiedener Gefährdungen, die Ausbildung zum Arbeitsschutzkoordinator, aber auch Themen wie Gewaltprävention an Schulen oder Spezialseminare für den Kita-Bereich. Aber auch die Themen, die sich in den letzten Jahren etabliert haben, insbesondere zu den weichen Faktoren, stoßen nach wie vor auf ein großes Interesse.

Insgesamt wurden in 217 Seminaren 4.072 Personen geschult. Nahezu 50 Prozent der Seminare wurden als Inhouse-Seminare durchgeführt.

Das aktuelle Seminarprogramm kann im Internet auf der Homepage unter www.unfallkasse-berlin.de eingesehen werden.

Erste Hilfe

Im Jahr 2014 wurden 16.904 Personen aus den versicherten Unternehmen der Unfallkasse Berlin zu Ersthelfern ausgebildet, davon rund 7.100 Ersthelfer für die allgemein bildenden Schulen.

Schüler-Unfallversicherung

Ziel der Arbeit dieses Referates ist es, sichere und gesunde Rahmenbedingungen für die Versicherten in Kindertagesstätten und Schulen zu erreichen. Beratungen, Seminare, Medien und Projekte zur Organisationsentwicklung und Gesundheitsförderung sollen dazu beitragen.

Im vergangenen Jahr stieg die Zahl der Schülerinnen und Schüler um 6.000 an. Allein in den Grundschulen lernten 4.000 mehr Schülerinnen und Schüler. Ereigneten sich 2013 noch 104 Unfälle pro Schultag in Grundschulen, waren es im vergangenen Jahr 115.

Entwicklung der kostenverursachenden Unfälle in der Schüler-Unfallversicherung (Kita-Kinder, Schüler und Studenten) in den letzten sechs Jahren

Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Anzahl der Unfälle	59.852	62.572	62.877	62.755	61.132	66.636
Unfälle pro tausend versicherte Personen	88	92	90	89	85	90

Auch in den Kitas wurden mehr Kinder betreut, 5.000 mehr als im Vorjahr. Die Zahl der Unfälle stieg dabei um 1.500.

Allgemeine Unfallversicherung

Im Sinne der Gemeinsamen Deutschen Arbeitsschutzstrategie (GDA) verfolgt das Referat das Ziel, den Arbeits- und Gesundheitsschutz in den versicherten Einrichtungen und Betrieben zu systematisieren und zu stärken.

In einem gemeinsamen Projekt mit der Senatsverwaltung Bildung, Jugend und Wissenschaft, den Berliner Hochschulen, der Charité, dem Studentenwerk und der Berli-

Die Gefährdungsbeurteilung ist schon lange Kernstück eines funktionierenden Arbeits- und Gesundheitsschutzes. Seit Ende 2013 fordert das Arbeitsschutzgesetz nun explizit die Berücksichtigung der psychischen Belastungen in der Gefährdungsbeurteilung.

Die erarbeitete Handlungshilfe (Bestellnummer UKB I24) soll es den betrieblich verantwortlichen Personen ermöglichen, den Prozess zunächst mit einfachen Mitteln zu planen, durchzuführen, auszuwerten und dann fortzuschreiben. Dazu gibt es eine Checkliste, die auch betrieblich angepasst und

Als zuständigem Unfallversicherungsträger für die Berliner Stadtreinigungsbetriebe (BSR), einem der größten kommunalen Entsorgungsbetriebe Deutschlands, wurde der zuständigen Aufsichtsperson der Abteilung Prävention die Leitung des Sachgebietes Abfallwirtschaft des Fachbereiches Verkehr und Landschaft der DGUV übertragen.

Im Zuge der DGUV-Kampagne „Denk an mich. Dein Rücken“ wurde ein Parcours mit fünf Ständen zur Sensibilisierung

Schritt 2: Durchführen der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen

Information und Beteiligung
Vor der Durchführung findet eine Information der betroffenen Bereiche statt. Zunächst werden die Führungskräfte aller Ebenen und dann die Beschäftigten über die Ziele, die Durchführung und die Auswertung der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen informiert.

Dies kann z. B. von Mitgliedern des Arbeitsschutzausschusses übernommen und von den Beschäftigtenvertretungen unterstützt werden. Die Information umfasst auch den Zeitraum der Analyse und die dazu ausgewählten Arbeitsplätze. Eine ausdrückliche Befähigung der Leitung ist wünschenswert.

Anwendung der Checklisten
Wenn Sie die Checklisten anwenden möchten, können Sie Fragen anpassen bzw. ergänzen. Achten Sie dabei auf verständliche und eindeutige Formulierungen.

Soll die (angepasste) Checkliste zur Gefährdungsbeurteilung der psychischen Belastungen genutzt werden, ist dies in verschiedenen Varianten möglich.

A) Befragung aller Beschäftigten:
Im Rahmen einer Zusammenkunft des auszubildenden Bereiches wird die Durchführung der Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen von einem Moderator erklärt und jedem Beschäftigten eine Kopie des Mitarbeiterbogens übergeben. Jeder Beschäftigte soll zunächst seine eigene Einschätzung der Belastungen ankreuzen. Weitere Anmerkungen können ebenfalls schriftlich formuliert werden. Dazu können Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen aufgeschrieben werden, s. Abb. 2.

Anschließend werden die Mitarbeiterlisten vom Moderator eingesammelt und die Antworten ausgewertet. Dazu werden die Anzahlen der A- und B-Antworten zusammengezählt und als Summe für jede Frage in den Dokumentationsbögen eingetragen, Abb. 3. Je mehr Antworten dabei in den grau unterlegten Feldern aufzuweisen, desto größer ist der Handlungsbedarf.

Abb. 2: Beispiel: ausgefüllter Mitarbeiterbogen

Gefährdungsbeurteilung psychischer Belastungen	Befragter/Ort	
	Personalfrequenz	B: 3-25
1. Handlungshilfe „Ablösungsbefreiung“	A: 10 B: 10	
1.1 Die Arbeits- und Sachsituation sind angemessen bemessen (regelmäßig genügt und gewahrt).	X	
1.2 Die erforderlichen Arbeitsmittel stehen in ausreichender Menge und ausreichendem Zustand zur Verfügung.		X
1.3 Die Größe der Arbeitsräume ist ausreichend bemessen (für Personen, Bereiche, Stände, etc.).	X	
1.4 Der Arbeitsplatz ist ergonomisch angepasst (z. B. Arbeitshöhe, PC, Beleuchtung).	X	
1.5 Es gibt keine besonderen Umgebungsrisikofaktoren (z. B. Lärm, Zugluft, Hitze, Kälte).		X
1.6 Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:		
1.7 Aufgabefunktion oder eine Klärungsaufgabe, wenn im Dialog die Lösung auf dem Tisch steht!		

Abb. 3: Beispiel: ausgefüllter Dokumentationsbogen

Handlungsbereich	Befragter/Ort	Risiko der Abfrage	
		Ergebnisfrage	U: 1-100%
Anzahl der Mitarbeiter insgesamt	B: 3-25	Befragter/Dokumentationsbogen	
IS	15	Frage-Matrix	
Handlungshilfe „Ablösungsbefreiung“			
1.1	Die Arbeits- und Sachsituation sind angemessen bemessen (regelmäßig genügt und gewahrt).	11	1
1.2	Die erforderlichen Arbeitsmittel stehen in ausreichender Menge und ausreichendem Zustand zur Verfügung.	5	8
1.3	Die Größe der Arbeitsräume ist ausreichend bemessen (für Personen, Bereiche, Stände, etc.).	9	6
1.4	Der Arbeitsplatz ist ergonomisch angepasst (Arbeitsplätze, PC, Beleuchtung).	9	6
1.5	Es gibt keine besonderen Umgebungsrisikofaktoren (Lärm, Zugluft, Hitze, Kälte, Beleuchtung).	8	5
Folgende Maßnahmen werden vorgeschlagen:			
1.6	Zusätzlich wird die Führungskraft auf die Bedeutung der Aufgabenstellung hingewiesen.	SOA	
1.7	Überprüfung der ergonomischen Einwirkung der Arbeitsplätze.	SOA	
1.8	Überprüfung der ergonomischen Einwirkung der Arbeitsplätze.	SOA	
1.9	Überprüfung der ergonomischen Einwirkung der Arbeitsplätze.	SOA	
1.10	Überprüfung der ergonomischen Einwirkung der Arbeitsplätze.	SOA	

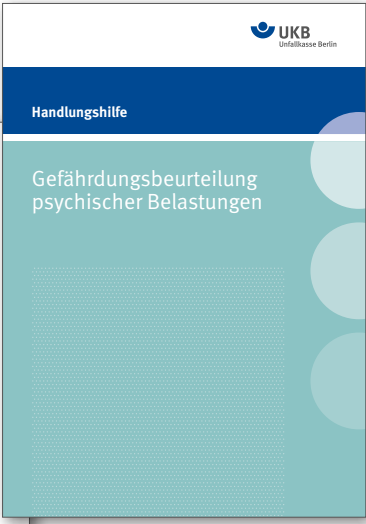
Oder:
B) Workshop mit den Beschäftigten: Freiwillige Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter des betroffenen Bereiches werden eingeladen, die Punkte des Mitarbeiterbogens einzuschätzen und sich bei jeder Frage als Gruppe für Antwortmöglichkeit A oder B zu entscheiden.

Dann werden die Ergebnisse zusammengeführt. Es wird besprochen, wo der größte Handlungsbedarf gesehen wird, und es werden Vorschläge für Maßnahmen abgeleitet. Das Ergebnis wird auf dem Mitarbeiterbogen dokumentiert.

Hinweis: In der Regel ist es günstig, diese Zusammenkunft in nur einer Hierarchieebene mit einem neutralen, geschulten Moderator durchzuführen. Dabei eignen sich z. B. die Fachkraft für Arbeitssicherheit oder der Betriebsarzt.

Oder:
C) Interview im Vorgesetzten-Mitarbeiter-Gespräch:
Die Checkliste wird im Rahmen eines Vorgesetzten-Mitarbeiter-Gesprächs thematisiert und der Beschäftigte wird gebeten, die Aussagen im Mitarbeiterbogen einzuschätzen und Vorschläge für Verbesserungsmaßnahmen abzugeben.

Die Beantwortung soll auf freiwilliger Basis erfolgen. Die Führungskraft sammelt die Einschätzungen aus allen Gesprächen und trägt sie im Dokumentationsbogen zusammen (s. Auswertung wie in Variante A).



für das Thema „Muskel-/Skeletterkrankungen“ konzipiert. An den Ständen wurden Themen wie „Ergonomie am Büroarbeitsplatz“, „Heben und Tragen“, „Aufbau der Wirbelsäule“ sowie „Gleichgewichts- und Koordinierungsübungen“ dargestellt.

Viel Zuspruch durch die Beschäftigten der Freien Universität Berlin fand der „Rückenparcours“ der Unfallkasse Berlin auf dem Gesundheitstag 2014 der Hochschule.

ner Polizei ist ein Notfallordner entwickelt worden, um ein einheitliches Krisenmanagement zu entwickeln und umzusetzen. Die Unfallkasse Berlin hat zusätzlich Hochschulpersonal im deeskalierenden Umgang mit Aggression und Gewalt geschult.

verändert werden kann, ebenso entsprechend nutzbare Dokumentationsbögen. Handlungshilfe, Checkliste und Dokumentationsbögen stehen auch als kostenloser Download im Internet zur Verfügung.

Entwicklung der meldepflichtigen Unfälle in den letzten sechs Jahren						
Jahr	2009	2010	2011	2012	2013	2014
Anzahl der Unfälle	2.948	3.748	3.199	3.168	2.890	3.370
Unfälle pro tausend versicherte Personen	19,3	23,7	19,8	19,4	17,14	18,0

Rehabilitation und Leistungen



Versicherungs- und Leistungsfälle der gesetzlichen Unfallversicherung sind Arbeitsunfälle und Berufskrankheiten (BK). Alle Versicherten haben einen gesetzlichen Anspruch auf Leistungen zur Heilbehandlung, zur medizinischen Rehabilitation, auf Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben und am Leben in der Gemeinschaft, auf ergänzende Leistungen sowie auf Leistungen bei Pflegebedürftigkeit. Ergänzend zur Rehabilitation erhalten Versicherte oder ihre Hinterbliebenen zur wirtschaftlichen Absicherung Geldleistungen in Form von Verletztengeld, Übergangsgeld oder einer Rente. Verletztenrenten werden gezahlt, wenn infolge der Verletzung und über die 26. Woche

nach dem Versicherungsfall hinaus eine Minderung der Erwerbsfähigkeit (MdE) von mindestens 20 Prozent verbleibt.

Leistungen zur Rehabilitation haben nach dem gesetzlichen Auftrag der Unfallversicherungsträger Vorrang vor Rentenleistungen. Daraus folgt die Verpflichtung, Heilverfahren aktiv und effizient zu steuern. Auch wegen der Vielfalt des versicherten Personenkreises ist es für die Unfallkasse Berlin eine besondere Herausforderung, geeignete, wirksame und zugleich wirtschaftliche Maßnahmen zur Steuerung der Heilverfahren zu identifizieren, einzuleiten, zu überwachen und individuell anzupassen.

Entwicklungen in der Abteilung Rehabilitation und Leistungen

Die Maßnahmen der Unfallkasse Berlin unterliegen zudem der Verpflichtung, individuell auf die Versicherten einzugehen und flexibel auf Veränderungen zu reagieren. Dieser Anspruch erfüllt sich in besonderer Weise im Reha-Management. Das Reha-Management gilt insoweit als Aushängeschild der gesetzlichen Unfallversicherung. Wichtige Merkmale eines effektiven Reha-Managements sind das frühe Identifizieren von Komplexfällen, eine effektive Steuerung und Minimierung von Schnittstellen sowie die Einbindung aller Beteiligten. Die Unfallkasse Berlin hat das Reha-Management auf Grundlage des gemeinsamen Handlungsleitfadens der gesetzlichen Unfallversicherung bereits im Jahre 2012 eingeführt. Die Stärke dieses Verfahrens zeigt sich insbesondere in den Erfolgen bei der Wiedereingliederung der Versicherten am Arbeitsplatz. Eine intensive und auf das konkrete Berufsbild ausgerichtete Rehabilitation ist dafür wesentlicher Erfolgsfaktor. Dabei setzt die Unfallkasse Berlin auf eine vertrauensvolle Zusammenarbeit mit zuverlässigen und leistungsfähigen Partnern für die Planung der Rehabilitation sowie mit Erbringern von Leistungen zur medizinischen Rehabilitation, zur arbeitstherapeutischen Beratung oder zur psychotraumatologischen Akutversorgung. Dieses Netzwerk der Unfallkasse Berlin wirkt nicht nur im Reha-Management, sondern auch bei der Bearbeitung der nicht im persönlichen Kontakt gesteuerten Arbeitsunfälle (Steuerungsfälle). Der Erfolg des Reha-Managements ist daher ein Erfolg für alle Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter, die in der Bearbeitung von Arbeitsunfällen tätig sind.

Die positiven Erfahrungen mit dem Reha-Management bei Arbeitsunfällen sollen zukünftig auch in entsprechender Anpassung für die Bearbeitung von Berufskrankheiten genutzt werden. Wie auch im Bereich der Arbeitsunfälle richten sich dabei Intensität und Art der Maßnahmen immer nach dem konkreten individuellen Bedarf der betroffenen Person. Eine Arbeitsgruppe von Unfallversicherungsträgern unter Leitung der DGUV hat im Jahr 2014 einen

Unfallgeschehen in 2014

Schüler-Unfallversicherung		
Gemeldete Unfälle	2013	2014
Arbeitsunfälle	63.812	69.834
Wegeunfälle	3.765	4.560
Insgesamt	67.577	74.394

Allgemeine Unfallversicherung		
Gemeldete Unfälle	2013	2014
Arbeitsunfälle	12.920	13.676
Wegeunfälle	2.698	3.306
Insgesamt	15.618	16.986

Handlungsleitfaden verabschiedet, der auch die Unfallkasse Berlin bei der Einführung erneuerter Verfahren leiten wird. Insgesamt ist das Berufskrankheitenrecht in stetiger Entwicklung.

Das Bundeskabinett hat im November 2014 eine Erweiterung beschlossen. Damit umfasst die BK-Liste 77 Positionen. Einige dieser Erkrankungen haben das Potential, die Anzahl der Verdachtsanzeigen auf Berufskrankheiten deutlich zu erhöhen, weil etwa Erkrankungen wie der weiße Hautkrebs in der Bevölkerung weit verbreitet sind. Auf die zu erwartenden Fälle ist die Unfallkasse Berlin fachlich durch die vom Spitzenverband DGUV herausgegebenen Arbeitshilfen zu den neuen Positionen der Berufskrankheitenliste gut vorbereitet.

Entwicklung der Unfallzahlen

Insgesamt wurden 91.376 Unfälle gemeldet, das sind über 8.000 Unfälle mehr als im Vorjahr. In der Allgemeinen Unfallversicherung ist die Zahl der gemeldeten Unfälle auf 16.982 Fälle gestiegen. Auch in der Schüler-Unfallversicherung ist die Zahl der gemeldeten Unfälle auf insgesamt 74.394 deutlich gestiegen.

Im Jahr 2014 ereignete sich ein Unfall mit tödlichem Ausgang in der Allgemeinen Unfallversicherung. Im Vorjahr wurde der Unfallkasse ebenfalls ein Unfall mit tödlichem Ausgang gemeldet.

Leistungen zur medizinischen Rehabilitation und Entschädigung

Die Ausgaben für Rehabilitation und Entschädigung (ohne Renten) für die Allgemeine Unfallversicherung sind um rund 1,5 Mio. Euro auf rund 15,8 Mio. Euro deutlich gestiegen. Den größten Anteil

stellen die Ausgaben für ambulante Behandlung mit rund 6,28 Mio. Euro, stationäre Behandlung mit rund 3,55 Mio. Euro sowie Verletztengeld mit rund 3,28 Mio. Euro zuzüglich Sozialversicherungsbeiträgen in Höhe von rund 1,29 Mio. Euro.

Die Ausgaben für Rehabilitation und Entschädigung (ohne Renten) für die Schüler-Unfallversicherung sind angesichts steigender Unfallzahlen auf 17,76 Mio. Euro deutlich gestiegen. Auch hier stellen den größten Anteil die Ausgaben für ambulante Behandlung mit rund 9,20 Mio. Euro und für stationäre Behandlung mit insgesamt annähernd 5,08 Mio. Euro.

Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben

Für Leistungen zur Teilhabe am Arbeitsleben wurden im Geschäftsjahr insgesamt rund 370.000 Euro aufgewendet.

Geldleistungen

Renten

An Rentenleistungen für Versicherte und Hinterbliebene wurden insgesamt rund 16,9 Mio. Euro gewährt.

Die Rentenleistungen in der Allgemeinen Unfallversicherung sind im Vergleich zum Vorjahr nur leicht um 30.000 Euro und in der Schüler-Unfallversicherung um rund 340.000 Euro gestiegen. Die in den letzten zehn Jahren weitgehend konstante Entwicklung der jährlichen Rentenzahlungen in Höhe von 16 bis 17 Mio. Euro setzt sich damit auch in diesem Jahr fort. Die Anzahl der zum Ende des Geschäftsjahres gezahlten Renten betrug am Ende des Geschäftsjahres 2.981 Fälle gegenüber 3.000 Fällen im Vorjahr. Dies zeigt den Erfolg des Grundsatzes „Rehabilitation vor Rente“.

Verletztengeld

Die Ausgaben für Verletztengeld in der Allgemeinen Unfallversicherung sind wie bereits in den Vorjahren auf nunmehr 3,28 Mio. Euro erneut gestiegen.

Berufskrankheiten

Berufskrankheiten (BK) werden von der Bundesregierung mit Zustimmung des Bundesrates durch Rechtsverordnung bezeichnet und in der Liste der Berufskrankheiten aufgeführt. Diese Liste wird nach den Erkenntnissen der medizinischen Wissenschaft kontinuierlich ergänzt.

Im Geschäftsjahr wurden 245 BK-Anzeigen für Allgemeine Unfallversicherung und 4 BK-Anzeigen für Schüler-Unfallversicherung erstattet, also insgesamt 249 Anzeigen (2013: 272 BK-Anzeigen). Der Schwerpunkt der BK-Meldungen lag mit 120 Fällen weiterhin bei den Hauterkrankungen. In allen Fällen wurden Leistungen zur Verhinderung der Entstehung der Berufskrankheit erbracht.

Wie im Jahr zuvor wurden 46 Berufskrankheiten im Geschäftsjahr anerkannt. In 4 Fällen der anerkannten Berufskrankheiten wurde eine Rente bewilligt. Insgesamt wurden im Geschäftsjahr 303 laufende Renten (aus den Vorjahren) gezahlt. Bei 4 Versicherten ist im Jahr 2014 der Tod als Folge einer Berufskrankheit anerkannt worden.

Rentenleistungen in Mio. Euro			
	Rentenleistungen insgesamt	Rentenleistungen Schüler-Unfallversicherung	Rentenleistungen Allgemeine Unfallversicherung
2013	16,6	2,6	13,9
2014	16,9	2,9	14,0

Widersprüche, Klagen und Kataster

Kataster

Die Unfallkasse Berlin ist der zuständige Versicherungsträger für Unternehmen und Einrichtungen des Landes Berlin und seiner Bezirke, für Kinder in Tageseinrichtungen, Schüler und Studenten sowie für besonders versicherte Personengruppen, z. B. für Personen, die für das Gemeinwohl tätig werden. Mehr als 1.000.000 Menschen sind gesetzlich bei Arbeitsunfällen und Berufskrankheiten bei der Unfallkasse Berlin versichert. Im Bereich Mitgliedschaftswesen/Kataster wird der Mitgliederbestand verwaltet, d. h., es wird überprüft und überwacht, für welche Unternehmen und Einrichtungen die Unfallkasse Berlin zuständig bzw. nicht mehr zuständig ist.



Auch private Haushaltshilfen, wie etwa Reinigungskräfte, Babysitter oder Gärtner, stehen unter dem Schutz der gesetzlichen Unfallversicherung. Deshalb ist der private Arbeitgeber verpflichtet, seine Haushaltshilfe binnen eines Monats nach Beginn des Beschäftigungsverhältnisses anzumelden. Sofern die Beschäftigung im Rahmen eines Minijobs erfolgt, genügt die Anmeldung des Haushalts im Rahmen des Haushaltsscheckverfahrens bei der Minijobzentrale. Zuständiger Unfallversicherungsträger für Haushalte in Berlin bleibt aber auch in diesem Fall die Unfallkasse Berlin.

Kann die Anmeldung im Rahmen des Haushaltsscheckverfahrens nicht erfolgen, z. B. weil die Einkommensgrenzen überschritten werden, muss die Haushaltshilfe direkt bei der Unfallkasse Berlin angemeldet werden. Im Berichtsjahr waren 10.585 private Haushaltshilfen über die Unfallkasse Berlin versichert.

Widersprüche und Klagen

Wichtig ist der Unfallkasse Berlin, dass jeder die ihm gesetzlich zustehenden Leistungen erhält. Hierbei prüft die Unfallkasse jeden Einzelfall genau und sorgfältig.

Ist ein Versicherter oder Unternehmer mit der getroffenen Entscheidung dennoch nicht einverstanden, hat er die Möglichkeit, Widerspruch gegen die Entscheidung einzulegen. Im Widerspruchsverfahren überprüft die Verwaltung die gesamte Sach- und Rechtslage noch einmal und korrigiert gegebenenfalls ihre Entscheidung. Ist nach Ansicht der Verwaltung der Widerspruch unbegründet, erfolgt die Vorlage beim Widerspruchsausschuss. Dieser ist besetzt mit einem Arbeitnehmer- und einem Arbeitgebervertreter der Vertreterversammlung. Der Widerspruchsausschuss schließt das Verfahren mit dem Erlass eines Widerspruchsbescheides ab.

Im Jahr 2014 sind bei der Widerspruchsstelle 277 Widersprüche, alle Bereiche des Hauses betreffend, eingegangen. Im Verhältnis zu den pro Jahr gemeldeten und bearbeiteten Versicherungsfällen ist dies nur eine geringe Anzahl von Widersprüchen. Der überwiegende Anteil richtet sich gegen Entscheidungen des Leistungsbereiches. 226 Widerspruchsbescheide wurden erlassen, in 5 Prozent der Fälle wurde die Entscheidung zu Gunsten des Versicherten oder Unternehmers revidiert.

Die Zahl der gegen ablehnende Widerspruchsbescheide eingelegten Klagen bleibt auf hohem Niveau und nimmt allmählich zu. So waren im Berichtsjahr 79 neue Klageverfahren vor den Sozialgerichten und 16 neue Berufungsverfahren vor den Landessozialgerichten durchzuführen. Darüber hinaus waren fünf Verfahren vor dem Bundessozialgericht anhängig. Die Unfallkasse Berlin bearbeitet sämtliche Klageverfahren und nimmt auch die Verhandlungstermine bis hin zum Bundessozialgericht selbst wahr. (Die Klageverfahren sind für die Versicherten gerichtskostenfrei.)

Von den abgeschlossenen gerichtlichen Verfahren im Berichtsjahr 2014 wurden 11 Prozent zu Gunsten der Versicherten entschieden. Nicht immer lässt sich ein Rechtsstreit zweifelsfrei bewerten, z. B. weil sich Auseinandersetzungen auf medizinischem Gebiet als sehr schwierig gestalten, so dass durch den Abschluss vertretbarer Vergleiche in der Regel ein für beide Seiten annehmbares Ergebnis erzielt wird und so gelegentlich auch einige Rechtsstreite beendet werden.

Regress



Zur Regressprüfung gelangen die Fälle stets dann, wenn sich Hinweise auf eine Schädigung durch Dritte aus dem Geschehensablauf ergeben.

Rückgriffsmöglichkeiten aus Schadenersatzforderungen entstehen für den Unfallversicherungsträger aus übergegangenem Recht, d. h., der Schadenersatzanspruch des Verletzten geht auf die Unfallkasse Berlin über.

Die Aufgabe des Referates Regress ist es, den Schadensverursacher zu ermitteln – sofern er nicht bereits bekannt ist – und den zivilrechtlichen Schaden des Versicherten, der auf die Unfallkasse übergegangen ist, soweit sie Leistungen gewährt hat, beim Verursacher geltend zu machen.

Wie schon in den vergangenen Jahren verursachte der motorisierte Straßenverkehr die überwiegende Anzahl der zu regulierenden Fälle. Aber auch im Falle schulischer Streitigkeiten und nach Sturzunfällen wegen nicht oder unzureichend gestreuter Wege wurde häufig ermittelt.

Die Höhe der Forderungen kann durch das Verhalten des Verletzten selbst begrenzt sein, da sich die Unfallkasse Berlin gegebenenfalls ein Mitverschulden des Versicherten entgegenhalten lassen muss.

Im Berichtsjahr 2014 wurden von 3.700 Vorprüfungen 1.340 Regressfälle intensiver geprüft.

Die Regresseinnahmen tragen zur Entlastung des Haushalts bei und reduzieren die Beiträge der bei der UKB versicherten Unternehmen.

Gegenüber dem Vorjahr konnte im Berichtsjahr mit Einnahmen in Höhe von 2,897 Mio. Euro eine Steigerung von fast 33 Prozent verzeichnet werden. Davon wurden durch Abfindungen oder Abschlusszahlungen 83 Regressvorgänge abgeschlossen und Einnahmen in Höhe von 450.000 Euro erzielt.

Selbstverwaltung

Die Unfallkasse Berlin ist eine Körperschaft des öffentlichen Rechts.

Vertreterversammlung und der Vorstand sind die Organe der Selbstverwaltung, die beide jeweils paritätisch von Versicherten und Arbeitgebern aus dem Landes- und dem kommunalen Bereich besetzt sind. Jeweils im Oktober wechselt in den Organen der Vorsitz zwischen Versicherten- und Arbeitgebervertretern.

Die Vertreterversammlung besteht aus jeweils neun Vertretern auf der Versicherten- und der Arbeitgeberseite. Sie beschließt über das autonome Recht der Unfallkasse – wie beispielsweise die

Unfallverhütungsvorschriften und die Satzung. Weiterhin entlastet sie den Geschäftsführer und den Vorstand bei der Jahresrechnung.

Der Vorstand besteht jeweils aus drei Vertretern der Versicherten- und der Arbeitgeberseite und verwaltet die Unfallkasse Berlin. Er vertritt sie sowohl gerichtlich als auch außergerichtlich.

Wir danken an dieser Stelle den ordentlichen und stellvertretenden Mitgliedern der Vertreterversammlung, des Vorstandes und der einzelnen Ausschüsse der Unfallkasse Berlin für ihre ehrenamtliche Tätigkeit.

Delegierte zur Mitgliederversammlung der Deutschen Gesetzlichen Unfallversicherung e. V. (DGUV), zum Klinikverbund der gesetzlichen Unfallversicherung e. V. (KUV), zum Verein zur Förderung der Arbeitssicherheit in Europa (VFA) sowie zur Unfallbehandlungsstelle der Berufsgenossenschaften Berlin e. V. (UBS) sind die Vorstandsmitglieder Werner Schaberg und Claudia Pfeiffer.

Helmfried Hauch ist Mitglied und Vorsitzender des Beirates des Landesverbandes der DGUV.

Zusammensetzung der Selbstverwaltung* (alphabetische Reihenfolge)

Ordentliche Mitglieder der Vertreterversammlung	
Gruppe der Versicherten	Gruppe der Arbeitgeber
Charpentier, Ramona	Borchert, Evelyne
Falbe, Andreas	Döring, Kay
Kerwitz, Bernd	Gerlach, Susanne
Koch, Stefan	Heymann, Jeannette
Kortmann, Lutz	Junge, Gerd-Bodo
Mahlo, Annekathrin	Kliem, Kurt
Melcher, Barbara	Meinig, Klaus
Wiedeburg, Michael	Nitsch, Angelika
Witt, Peter	Reich, Ernst-Ulrich

Ordentliche Mitglieder des Vorstandes	
Gruppe der Versicherten	Gruppe der Arbeitgeber
Hauch, Helmfried	Pfeiffer, Claudia
Schaberg, Werner	Roderburg, Marianne
Schwarz, Sabine	Schröder, Rita

Ausschüsse der Unfallkasse Berlin		
	Versichertenseite	Arbeitgeberseite
Organisationsausschuss	Schaberg, Werner	Pfeiffer, Claudia
Rentenausschuss	Hauch, Helmfried	Schröder, Rita
Finanzausschuss	Schaberg, Werner	Schröder, Rita
Widerspruchsausschuss	Wiedeburg, Michael	Döring, Kay
Präventionsausschuss	Melcher, Barbara / Hauch, Helmfried	Nitsch, Angelika / Roderburg, Marianne

* Stand 31.12.2014

Verwaltung

Bei der Unfallkasse Berlin waren jahresdurchschnittlich 147 Tarifbeschäftigte und 11 Beamte bzw. Dienstordnungsangestellte beschäftigt. Der Personalbedarf der UKB begründet sich unter Anwendung einer anerkannten Methode der Personalbedarfsermittlung. Die Unfallkasse beschäftigt hiernach ausschließlich Personal, das für eine wirtschaftliche und sparsame Aufgabenerledigung tatsächlich benötigt wird.

Die Unfallkasse Berlin bildet zum Sozialversicherungsfachangestellten mit dem fachlichen Schwerpunkt gesetzliche Unfallversicherung aus. Im Berichtsjahr befanden sich zwölf Auszubildende bei der Unfallkasse in der Ausbildung.

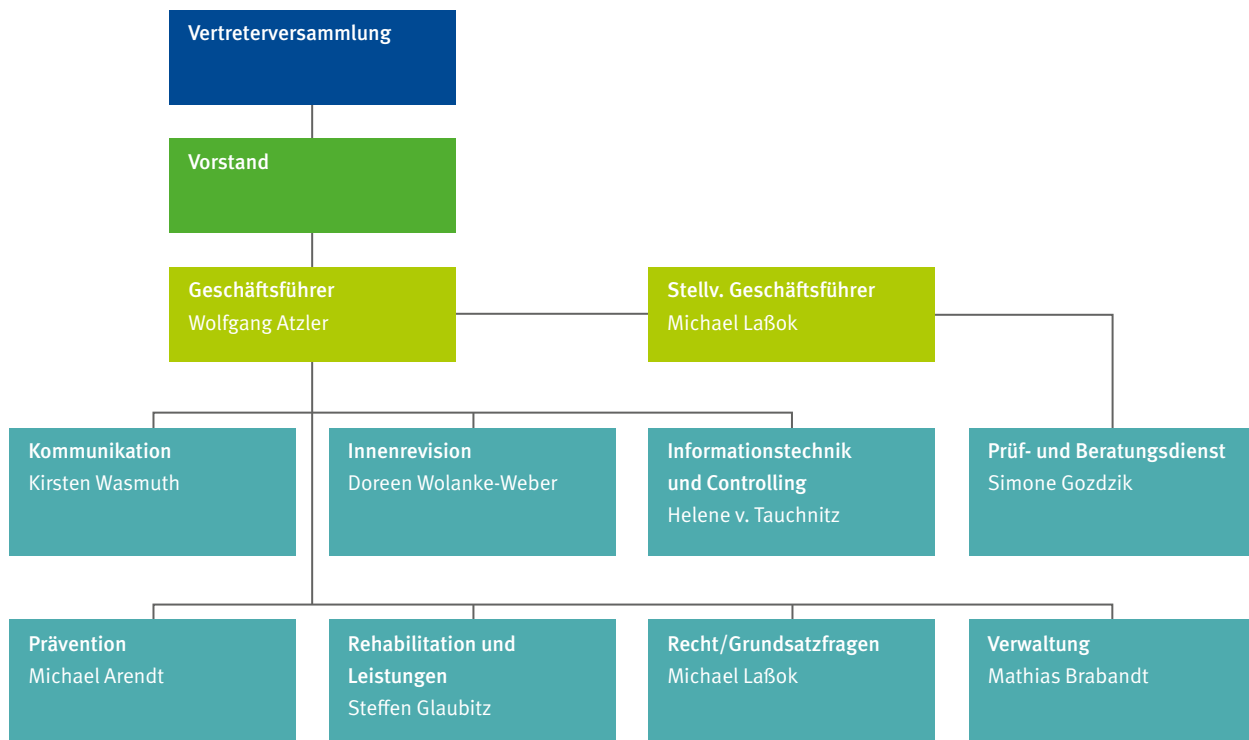
Die Ausbildung zum Sozialversicherungsfachangestellten in der Unfallversicherung umfasst neben dem praktischen Teil im Haus unter der Anleitung von erfahrenen Praxisanleiterinnen und Praxisanleitern auch die mehrere Wochen dauernde theoretische Ausbildung in den Akademien der DGUV u. a. in Bad Hersfeld und Hennef. Die Ausbildung wird ergänzt durch die Berufsschule im OSZ für Wirtschaft und Sozialversicherung in Berlin Treptow-Köpenick.

Der Ausbildungsberuf verbindet medizinisches und juristisches Wissen. Schülerinnen und Schüler, die ihre Schullaufbahn mit einem mittleren Schulabschluss beenden und sich für diese Themenfelder

interessieren, können sich an die Personalabteilung der Unfallkasse wenden.

Am 1. Januar 2014 trat der Tarifvertrag über die Entgeltordnung des Bundes (TV EntgO Bund) in Kraft. Die Tarifeinigung des Bundes wurde auf das Tarifrecht der DGUV und damit auch auf die Tarifbeschäftigten der Unfallkasse übertragen. Die neuen Eingruppierungsvorschriften sehen für viele Beschäftigte höhere Eingruppierungen vor.

Organisationsstruktur der Unfallkasse Berlin



Finanzen

Seit dem Inkrafttreten des Unfallversicherungsmodernisierungsgesetzes (UVMG) und der damit verbundenen Neugestaltung des Vermögensrechts müssen die Unfallversicherungsträger drei verschiedene Vermögensmassen getrennt voneinander ausweisen. Dies sind die Betriebsmittel, die Rücklagen und das Verwaltungsvermögen. Im Wesentlichen dienen die Betriebsmittel der Bestreitung der laufenden Ausgaben für Leistungen gegenüber den versicherten Personen sowie der Verwaltungsausgaben. Dagegen spiegelt sich im Verwaltungsvermögen der gesamte Bereich des Investitions Haushaltes und der Altersrückstellungen wider. Die dritte Vermögensart, die Rücklagen, wird von der Unfallkasse Berlin satzungsgemäß nicht gebildet.

Der Haushaltsplan für das Berichtsjahr 2014 wurde für den Betriebsmittelhaushalt in einer Gesamthöhe von 62.322.260 Euro jeweils für Einnahmen und Ausgaben und für den Haushalt des Verwaltungsvermögens mit Einnahmen in Höhe von 246.300 Euro und Ausgaben in Höhe von 207.860 Euro vom Vorstand am 11. November 2013 aufgestellt und von der Vertreterversammlung am 13. Dezember 2013 festgestellt.

In den Haushaltsjahren 2012 bis 2014 sind die Entschädigungsleistungen nach einem Rückgang im Jahr 2011 jeweils stark angestiegen. Insbesondere die Ausgaben für ambulante und stationäre Heilbehandlung und Pflegegeld verzeichneten in diesen Jahren einen größeren Anstieg. Während

sich in den Jahren 2012 und 2013 die Unfallzahlen nur unwesentlich änderten, kam es im Jahr 2014 zu einem Anstieg der meldepflichtigen Unfälle um rund 9,3 Prozent im Vergleich zum Vorjahr. Die Höhe der Ausgaben für Entschädigungsleistungen hängt außer mit der Anzahl der Unfälle stark mit der Schwere der Unfälle und den Kostensteigerungen im Gesundheitswesen zusammen. Die im Bereich der Betriebsmittel im Jahr 2010 erstmalig ausgewiesenen Aufwendungen in der Kontengruppe 67 (Zuführung zu den Vermögen) beinhalten die planmäßige Zuführung zum Verwaltungsvermögen für die Mittel der Altersrückstellungen und die Mittel zur Durchführung der notwendigen Investitionen.

Aktiva		2011	2012	2013	2014
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR
Sofort verfügbare Zahlungsmittel der Betriebsmittel	00	4.495.624,81	9.929.942,59	9.550.695,51	7.836.393,32
Forderungen der Betriebsmittel	01	2.416.362,19	2.385.360,20	2.415.003,49	2.360.471,06
Geldanlagen und Wertpapiere der Betriebsmittel	02	7.907.059,56	2.500.000,00	2.500.000,00	2.500.000,00
Sonstige Aktiva der Betriebsmittel	04	1.395.940,49	1.442.477,48	1.459.948,62	1.472.239,71
Rücklage	05	0,00	0,00	0,00	0,00
Liquide Mittel und Forderungen des Verwaltungsvermögens (ohne KGr 08)	06	931.631,83	850.356,91	862.673,84	869.578,43
Bestände des Verwaltungsvermögens	07	306.956,37	570.730,43	580.164,20	691.906,33
Mittel für die Altersrückstellungen	08	2.810.555,54	2.966.971,45	3.101.961,19	3.216.268,54
Rechnungsabgrenzung des Verwaltungsvermögens	09	0,00	0,00	0,00	0,00
Summe Aktiva		20.264.130,79	20.645.839,06	20.470.446,85	18.946.857,39

Passiva		2011	2012	2013	2014
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR
Betriebsmittel	10	13.410.879,00	13.078.638,38	13.705.091,53	12.128.698,86
Kurzfristige Verpflichtungen, Kredite und Darlehen	11	2.804.108,05	3.179.141,89	2.220.556,09	2.040.405,23
Rücklage	15	0,00	0,00	0,00	0,00
Verwaltungsvermögen	16	1.177.745,75	1.393.696,69	1.440.758,04	1.515.343,81
Verpflichtungen des Verwaltungsvermögens	17	60.842,45	27.390,65	2.080,00	46.140,95
Rückstellungen für Altersversorgung	18	2.810.555,54	2.966.971,45	3.101.961,19	3.216.268,54
Summe Passiva		20.264.130,79	20.645.839,06	20.470.446,85	18.946.857,39

Der Anstieg der umlageunwirksamen Aufwendungen im Verwaltungsvermögen resultiert aus der Tatsache, dass im Verwaltungsvermögen seit dem Jahr 2010 Neuanschaffungen von langlebigen Wirt-

schaftsgütern als Vermögen auszuweisen und über die Nutzungsdauer abzuschreiben sind. Durch die im Laufe der nächsten Jahre notwendigen Ersatz- und Neuanschaffungen von Wirtschaftsgütern wird

dieser Vermögensstock langsam aufgebaut, was einen Anstieg der Abschreibungssumme im gleichen Zeitraum zur Folge hat.

Erträge der Betriebsmittel		2011	2012	2013	2014
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR
Beiträge und Gebühren	20–22	53.992.971,16	55.243.798,82	57.473.846,80	58.974.406,70
Einnahmen aus Ersatzansprüchen	35	1.670.835,23	2.012.292,81	2.149.948,47	2.897.767,25
Entnahme aus Betriebsmitteln	37	0,00	0,00	0,00	0,00
Zinsen und sonstige Einnahmen	32, 36, 38, 39	357.669,48	248.844,85	104.106,85	97.880,48
Summe Einnahmen		56.021.475,87	57.504.936,48	59.727.902,12	61.970.054,43

Aufwendungen der Betriebsmittel		2011	2012	2013	2014
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR
Entschädigungsleistungen	40–58	43.705.706,64	45.970.084,61	47.244.490,26	50.956.222,57
Prävention	59	2.849.445,65	2.854.052,82	2.910.412,94	3.093.022,29
Umlagewirksame Vermögensaufwendungen	63	579,59	2.619,29	425,51	2.242,03
Beitragsausfälle und Beitragsnachlässe	64, 65	0,00	0,00	0,00	0,00
Zuführung zu den Vermögen	67	397.900,00	242.018,00	125.120,00	151.740,00
Sonstige Aufwendungen	69	23.299,35	120.976,72	43.708,01	50.231,01
Persönliche Verwaltungskosten	70, 71	6.254.252,34	6.592.506,33	6.683.385,04	6.943.992,08
Sächliche Verwaltungskosten	72, 73	1.128.279,07	1.260.099,17	1.245.557,15	1.351.987,31
Sonstige Verwaltungs- und Verfahrenskosten	74–79	701.527,09	794.820,16	848.350,06	997.009,81
Summe Ausgaben		55.060.989,73	57.837.177,10	59.101.448,97	63.546.447,10

Erträge des Verwaltungsvermögens		2011	2012	2013	2014
	KA	EUR	EUR	EUR	EUR
Umlageunwirksame Erträge des Verwaltungsvermögens (ohne 313)	31	42.546,70	159.803,31	135.165,74	173.394,36
Erträge aus Mitteln der Altersrückstellungen	313	67.106,81	76.297,91	53.669,74	31.767,35
Summe Einnahmen		109.653,51	236.101,22	188.835,48	205.161,71

Aufwendungen des Verwaltungsvermögens		2011	2012	2013	2014
	KGr	EUR	EUR	EUR	EUR
Umlageunwirksame Aufwendungen des Verwaltungsvermögens	61	37.510,71	105.752,37	131.904,39	168.008,59
Summe Ausgaben		37.510,71	105.752,37	131.904,39	168.008,59

Unfallkasse Berlin

Culemeyerstraße 2
12277 Berlin
Tel.: 030 7624-0
Fax: 030 7624-1109
unfallkasse@unfallkasse-berlin.de
www.unfallkasse-berlin.de